

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD***Folgen der Kürzung der Investitionsförderung von Pflegeeinrichtungen***

Das BAW Gutachten „Regionalökonomische Effekte von Investitionen in Pflegeheime“ vom Februar 2003 belegt unter anderem, dass auf jeden Pflegeplatz 0,72 Vollzeitarbeitsplätze in Heimen und 0,22 indirekte Arbeitsplätze außerhalb des Heimsektors, insgesamt also 0,94 Vollzeitarbeitsplätze entfallen. Bei zurzeit 5.500 Heimunterbringungen bedeutet das 5.170 Arbeitsplätze.

Nach dem Länderfinanzausgleich ergibt sich ein fiskalischer Nutzen pro Heimplatz von 6.065 Euro im Jahr. Nach einer vom Finanzressort präferierten Alternativmethode wäre der Gewinn noch größer.

Zum Zeitpunkt des Gutachtens waren Pflegeplätze um fünf bis zehn Euro am Tag teurer als solche im niedersächsischen Umland.

Eine zentrale Feststellung des Gutachtens ist es, dass es bei jeder denkbaren Konstellation fiskalisch günstiger ist, Pflegebedürftige im Land Bremen zu versorgen. Es lohne sich immer, die öffentlichen Kosten eines Pflegeheimplatzes in Bremen in Kauf zu nehmen, wenn dadurch eine Abwanderung ins Umland vermieden wird.

Bei einer Streichung der Investitionsförderung würde der Kostenunterschied zum Umland weiter anwachsen. Damit besteht die Gefahr der Abwanderung der Selbstzahler unter den Pflegeheimbewohnern in das preisgünstigere niedersächsische Umland; dies wiederum würde sich direkt auf die Einwohnerzahl Bremens und auf die Arbeitsplätze im Pflegebereich auswirken.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie groß ist zurzeit die Anzahl der Pflegeplätze in Bremen, aufgeteilt nach privaten und gemeinnützigen Anbietern?
2. Welche Pläne, weitere Pflegeplätze in Bremen zu bauen, sind dem Senat für die Jahre bis 2010 bekannt?
3. Mit welchen arbeitsmarktpolitischen Effekten rechnet der Senat dadurch bis 2010?
4. Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten für einen Pflegeplatz in Bremen pro Tag in den Pflegeklassen I, II und III?
5. Wie groß ist dabei die Bandbreite? Bitte die preiswertesten und teuersten Plätze pro Tag angeben.
6. Welches Platzangebot im Verhältnis zur Nachfrage gibt es im niedersächsischen Umland in privaten und gemeinnützigen Einrichtungen?
7. Wie hoch sind die aktuellen Kosten nach Fragen 4 und 5 im niedersächsischen Umland?
8. Welcher tägliche Kostenunterschied ergibt sich daraus?

9. Wie hoch ist bei den vorhandenen Pflegeplätzen die Anzahl der Selbstzahler, wie hoch die Anzahl der Sozialhilfeempfänger?
10. Mit welcher Zahl von Abwanderern unter den Selbstzahlern nach Niedersachsen rechnet der Senat, wenn die Investitionsförderung gestrichen wird?
11. Wie viele Pflegeeinrichtungen werden in der Folge aufgrund von Leerständen voraussichtlich schließen müssen, und wie hoch ist der hiermit verbundene Verlust an Arbeitsplätzen?
12. Wie viele der frei werdenden Plätze werden voraussichtlich durch Sozialhilfeempfänger nachbesetzt werden?
13. Wie hoch sind die dem Lande Bremen dadurch voraussichtlich entstehenden Kosten, einschließlich der sich aus der Abwanderung nach Niedersachsen ergebenden Effekte für den Länderfinanzausgleich?

Karl Uwe Oppermann,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Dr. Joachim Schuster,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD